Konzerne profitieren, Menschen verlieren

"Frei"-Handelspakt EU - USA: Das **TTIP-Abkommen** (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) und seine Folgen

Hinter verschlossenen Türen wollen EU und USA mit einem umfassenden Pakt eine transatlantische Freihandelszone schaffen. Bei TTIP geht es jedoch weniger um Handel als darum, Konzernmacht durchzusetzen. Unter dem Deckmantel des freien Warenverkehrs sollen gesellschaftliche Errungenschaften abgebaut und politische Gestaltungsmöglichkeiten massiv eingeschränkt werden; überdies würde die demokratische Rechtsstaatlichkeit untergraben.



Konzern-Macht statt Demokratie

Die Bevölkerung erfuhr von den strikt geheimen Verhandlungspositionen der EU- Kommission erst über durchgesickerte Dokumente. Die Wirtschaftslobby hingegen beeinflusst den Großteil der Inhalte. Parlamente werden den Vertrag erst nach Ende der Verhandlung zu Gesicht bekommen – dann können sie nur noch den Daumen heben oder senken.

Konzerne attackieren Standards

Zwar geht es bei den Verhandlungen auch um Zölle, im Brennpunkt jedoch stehen Prinzipien und gesetzliche Vorschriften, die für Konzerne bei der Erzielung von Gewinnen ein "Handelshemmnis" bilden. Dabei drohen uns keineswegs nur die oft zitierten Chlorhühnchen, Hormonfleisch, Genfood oder auch Fracking. Auf dem Spiel steht viel Grundlegenderes: Prinzipien wie das der Ernährungssouveränität und der Vorsorge; Vorschriften zum Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz; Regulierungen zu Finanzdienstleistungen, zur Öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Kulturförderung; Vorschriften zu ArbeitnehmerInnenrechten oder zum Datenschutz.

Konzerne wollen Parlamente entmachten

Wie transnationale Konzerne ihre Interessen mit Sonderklagerechten dauerhaft durchsetzen können, soll im Investitionskapitel festgeschrieben werden: Sehen Unternehmen ihre Gewinnerwartungen durch politische Maßnahmen eingeschränkt, können sie vor einer internationalen Schiedsstelle klagen. Hier entscheiden statt ordentlicher Gerichte private, hoch bezahlte Wirtschaftsjuristen hinter verschlossenen Türen. Berufungsmöglichkeiten fehlen, milliardenschwere Entschädigungszahlungen sind aus Steuermitteln zu leisten. TTIP ist als ein "lebendes", sich auch nach Verhandlungsabschluss fortentwickelndes Abkommen geplant. Dafür soll ein transatlantischer "Regulierungsrat" aus Bürokraten und Wirtschaftsvertretern ein förmliches Mitspracherecht bei der Erstellung von Gesetzesentwürfen erhalten, sogar vor Beginn des Gesetzgebungsprozesses in den Parlamenten.

Konzerne profitieren, Menschen verlieren

"Frei"-Handelspakt EU - USA: Das **TTIP-Abkommen** (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) und seine Folgen

Hinter verschlossenen Türen wollen EU und USA mit einem umfassenden Pakt eine transatlantische Freihandelszone schaffen. Bei TTIP geht es jedoch weniger um Handel als darum, Konzernmacht durchzusetzen. Unter dem Deckmantel des freien Warenverkehrs sollen gesellschaftliche Errungenschaften abgebaut und politische Gestaltungsmöglichkeiten massiv eingeschränkt werden; überdies würde die demokratische Rechtsstaatlichkeit untergraben.



Konzern-Macht statt Demokratie

Die Bevölkerung erfuhr von den strikt geheimen Verhandlungspositionen der EU- Kommission erst über durchgesickerte Dokumente. Die Wirtschaftslobby hingegen beeinflusst den Großteil der Inhalte. Parlamente werden den Vertrag erst nach Ende der Verhandlung zu Gesicht bekommen – dann können sie nur noch den Daumen heben oder senken.

Konzerne attackieren Standards

Zwar geht es bei den Verhandlungen auch um Zölle, im Brennpunkt jedoch stehen Prinzipien und gesetzliche Vorschriften, die für Konzerne bei der Erzielung von Gewinnen ein "Handelshemmnis" bilden. Dabei drohen uns keineswegs nur die oft zitierten Chlorhühnchen, Hormonfleisch, Genfood oder auch Fracking. Auf dem Spiel steht viel Grundlegenderes: Prinzipien wie das der Ernährungssouveränität und der Vorsorge; Vorschriften zum Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz; Regulierungen zu Finanzdienstleistungen, zur Öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Kulturförderung; Vorschriften zu ArbeitnehmerInnenrechten oder zum Datenschutz.

Konzerne wollen Parlamente entmachten

Wie transnationale Konzerne ihre Interessen mit Sonderklagerechten dauerhaft durchsetzen können, soll im Investitionskapitel festgeschrieben werden: Sehen Unternehmen ihre Gewinnerwartungen durch politische Maßnahmen eingeschränkt, können sie vor einer internationalen Schiedsstelle klagen. Hier entscheiden statt ordentlicher Gerichte private, hoch bezahlte Wirtschaftsjuristen hinter verschlossenen Türen. Berufungsmöglichkeiten fehlen, milliardenschwere Entschädigungszahlungen sind aus Steuermitteln zu leisten. TTIP ist als ein "lebendes", sich auch nach Verhandlungsabschluss fortentwickelndes Abkommen geplant. Dafür soll ein transatlantischer "Regulierungsrat" aus Bürokraten und Wirtschaftsvertretern ein förmliches Mitspracherecht bei der Erstellung von Gesetzesentwürfen erhalten, sogar vor Beginn des Gesetzgebungsprozesses in den Parlamenten.



Attac ruft auf: Widerstand jetzt!

Die Ideologie des Freihandels ist zentraler Bestandteil der EU Außenhandelsstrategie. TTIP ist nicht der einzige Versuch, gesellschaftliche Errungenschaften abzubauen; das geschieht auch in den Verhandlungen zu CETA mit Kanada oder zu TiSA, dem Dienstleistungsabkommen. TTIP und andere Abkommen ebnen keinen Weg, um Wirtschafts- und Umweltkrisen zu lösen, sondern sind weitere Meilensteine auf dem Weg zu einer unsolidarischen Welt und einer "marktkonformen Demokratie". Gemeinsam mit Menschen aus Europa und USA setzen wir uns für den STOPP der Verhandlungen ein. (www.ttip-unfairhandelbar.de)

Unsere Alternative: Solidarischer und ökologischer Welthandel

Attac fordert eine grundlegende Wende in der Handelspolitik. Die Bedürfnisse der Menschen und der Erhalt der Umwelt müssen der EU-Handelspolitik als Richtschnur dienen. Grundlagen für eine alternative Handelspolitik hat ein europäisches Bündnis aus etwa 50 Handels- und Umweltorganisationen entwickelt (alternativetrademandate.org).

Attac fordert:

- TTIP-Verhandlungen sofort beenden!
- Verhandlungsdokumente bei Handels- und Investitionsabkommen stets umgehend offenlegen!
- Keine Sonderklagerechte für Konzerne bestehende Verträge müssen geändert
- Handels- und Investitionspolitik muss dem Gemeinwohl dienen und die Umwelt bewahren!

Jetzt mitmachen!

- Informationen einholen: Auf unserer Webseite, über unseren Newsletter, auf unseren Veranstaltungen (www.attac.de/ttip)
- Informationen teilen: FreundInnen und Bekannte, Medien und PolitikerInnen auf TTIP ansprechen!





Attac ruft auf: Widerstand jetzt!

Die Ideologie des Freihandels ist zentraler Bestandteil der EU Außenhandelsstrategie. TTIP ist nicht der einzige Versuch, gesellschaftliche Errungenschaften abzubauen; das geschieht auch in den Verhandlungen zu CETA mit Kanada oder zu TiSA, dem Dienstleistungsabkommen. TTIP und andere Abkommen ebnen keinen Weg, um Wirtschafts- und Umweltkrisen zu lösen, sondern sind weitere Meilensteine auf dem Weg zu einer unsolidarischen Welt und einer "marktkonformen Demokratie". Gemeinsam mit Menschen aus Europa und USA setzen wir uns für den STOPP der Verhandlungen ein. (www.ttip-unfairhandelbar.de)

Unsere Alternative: Solidarischer und ökologischer Welthandel

Attac fordert eine grundlegende Wende in der Handelspolitik. Die Bedürfnisse der Menschen und der Erhalt der Umwelt müssen der EU-Handelspolitik als Richtschnur dienen. Grundlagen für eine alternative Handelspolitik hat ein europäisches Bündnis aus etwa 50 Handels- und Umweltorganisationen entwickelt (alternativetrademandate.org).

Attac fordert:

Frankfurt/M

- TTIP-Verhandlungen sofort beenden!
- Verhandlungsdokumente bei Handels- und Investitionsabkommen stets umgehend offenlegen!
- Keine Sonderklagerechte für Konzerne bestehende Verträge müssen geändert
- Handels- und Investitionspolitik muss dem Gemeinwohl dienen und die Umwelt bewahren!

Jetzt mitmachen!

- Informationen einholen: Auf unserer Webseite, über unseren Newsletter, auf unseren Veranstaltungen (www.attac.de/ttip)
- Informationen teilen: FreundInnen und Bekannte, Medien und PolitikerInnen auf TTIP ansprechen!

